



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

10. Sitzung (Dringlichkeitssitzung)

5. Wahlperiode

Donnerstag, 7. Dezember 2006, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider

Inhalt

| | | |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------|
| | Michael Andrejewski, NPD (zur Geschäftsordnung) | 7 |
| | B e s c h l u s s | 7 |
| Feststellung der Tagesordnung gemäß § 73 Abs. 3 GO LT | Michael Andrejewski, NPD (zur Geschäftsordnung) | 8 |
| | B e s c h l u s s | 8 |
| Gesetzentwurf der Landesregierung: Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2006 (Nachtragshaushaltsgesetz 2006) (Zweite Lesung und Schlussabstimmung) – Drucksache 5/58 – | Michael Andrejewski, NPD (zur Geschäftsordnung) | 8 |
| | B e s c h l u s s | 8, 9, 10 |
| | Erklärung zur Abstimmung durch den Abgeordneten Raimund Borrmann, NPD, gemäß § 96 GO LT | 9 |
| Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 5/100 – | Nächste Sitzung Mittwoch, 31. Januar 2007 | 9 |
| Änderungsantrag der Fraktion der NPD – Drucksache 5/83 – | | 2 |
| Änderungsantrag der Fraktion der NPD – Drucksache 5/84 – | | 2 |
| Änderungsantrag der Fraktion der NPD – Drucksache 5/85 – | | 2 |
| Mathias Löttge, CDU | | 2 |
| Ministerin Sigrid Keler | | 2 |
| Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS | | 3 |
| Volker Schlotmann, SPD | | 4 |
| Gino Leonhard, FDP | | 5 |
| Stefan Köster, NPD | | 6 |
| Dr. Armin Jäger, CDU | | 6 |

Beginn: 18.12 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 10. Sitzung des Landtages. Die Mitglieder des Landtages der Fraktionen der SPD und CDU haben gemäß Paragraf 72 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung die heutige Dringlichkeits-sitzung verlangt. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die vorläufige Tagesordnung der 10. Sitzung liegt Ihnen vor. Gibt es hierzu Widerspruch? – Das sehe und höre ich nicht. Damit gilt die Tagesordnung der 10. Sitzung gemäß Paragraf 73 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung als festgestellt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, von der Fraktion der NPD liegt Ihnen auf Drucksache 5/110 ein Antrag zum Thema „Keine Kürzung des Blindengeldes“ vor.

(Michael Andrejewski, NPD:
Ist zurückgenommen.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe jetzt das Wort!

Dieser Antrag ist soeben von den Antragstellern zurückgezogen worden.

Ich rufe auf den **einzigen Tagesordnungspunkt** unserer Sitzung: Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2006, auf Drucksache 5/58, und hierzu die Beschlussempfehlung und den Bericht des Finanzausschusses auf Drucksache 5/100. Hierzu liegen Ihnen drei Änderungsanträge der Fraktion der NPD auf den Drucksachen 5/83, 5/84 und 5/85 vor.

**Gesetzentwurf der Landesregierung:
Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung
eines Nachtrags zum Haushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2006
(Nachtragshaushaltsgesetz 2006)**

(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)

– Drucksache 5/58 –

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Finanzausschusses**

– Drucksache 5/100 –

Änderungsantrag der Fraktion der NPD

– Drucksache 5/83 –

Änderungsantrag der Fraktion der NPD

– Drucksache 5/84 –

Änderungsantrag der Fraktion der NPD

– Drucksache 5/85 –

Das Wort zur Berichterstattung hat der stellvertretende Vorsitzende des Finanzausschusses, der Abgeordnete Herr Mathias Löttge.

Mathias Löttge, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Landtag hat in seiner 7. Sitzung am 21. November 2006 vor dem Hintergrund des vom vorläufigen Ausschuss vorgelegten Zwischenberichts auf Drucksache 5/73 beschlossen, den Entwurf eines Nachtragshaushaltsgesetzes 2006 federführend an den Finanzausschuss und zur Mitberatung an den Innenausschuss zu überweisen. Der Finanzausschuss hat sich in drei Sitzungen mit dem Gesetzentwurf befasst und am 4. Dezember 2006 seine Beratungen abgeschlossen. Seine Empfehlung an den Landtag, den Gesetzentwurf

unverändert anzunehmen, hat er vor dem Hintergrund der zuvor gemeinsam mit dem Innenausschuss durchgeführten Anhörung getroffen.

In der ersten Sitzung des Finanzausschusses am 27. November 2006 hatte die Fraktion der Linkspartei.PDS eine öffentliche Anhörung verlangt. Dieses Verlangen ist von der Fraktion der FDP sowie der Fraktion der NPD unterstützt worden, sodass damit die Voraussetzungen des Paragraphen 22 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Landtages zur Durchführung einer Anhörung gegeben waren.

Auf Antrag der Koalitionsfraktionen hat der Finanzausschuss gemäß Paragraf 17 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Landtages mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und CDU beschlossen, diese Anhörung in nichtöffentlicher Sitzung durchzuführen. An dieser Anhörung, die als zweite Sitzung des Finanzausschusses gemeinsam mit dem Innenausschuss am 4. Dezember 2006 stattfand, haben der Ministerpräsident, die Finanzministerin, der Innenminister, der stellvertretende Oberbürgermeister der Hansestadt Rostock und der Fraktionsvorsitzende der Fraktion der Linkspartei.PDS als ehemaliger stellvertretender Ministerpräsident teilgenommen. Der ebenfalls eingeladene ehemalige Innenminister der 3. und 4. Wahlperiode fehlte entschuldigt.

An dieser Stelle sei mir ein Dankeschön an die Angehörten gestattet, die sich den über 50 schriftlich zugeleiteten Fragen und der Fragerunde stellten. Ihre Ausführungen, Erklärungen und Antworten sind im Bericht des Finanzausschusses auf Drucksache 5/100 umfangreich dargestellt, sodass ich hier, meine Damen und Herren, auf eine entsprechende Darstellung verzichten kann. Dieses will ich aber bezüglich der Stellungnahme des mitberatenden Innenausschusses nicht, da sie die Entscheidungsprämissen beider Ausschüsse darstellt:

- „1. Die Errichtung einer technischen Sperre ... ist auf der Grundlage definierter sicherheitstechnischer Vorgaben unabdingbar. Die Auftragsvergabe ist nicht weiter aufschiebbar.
2. Für das Haushaltsjahr 2006 werden daher kurzfristig Verpflichtungsermächtigungen von insgesamt 12,5 Mio. Euro zu Lasten des Jahres 2007 benötigt. Die erforderliche haushaltsrechtliche Grundlage soll durch die Veranschlagung entsprechender Verpflichtungsermächtigungen im Nachtragshaushalt 2006 geschaffen werden.“

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte den Landtag, die Notwendigkeit und den Umfang der beabsichtigten Sicherheitsmaßnahmen anzuerkennen und der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses folgend den Gesetzentwurf in unveränderter Fassung anzunehmen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Löttge.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten beantragt. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst die Finanzministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern Frau Keler.

Ministerin Sigrid Keler: Frau Präsidentin! Meine Damen

und Herren Abgeordnete! Ich habe in meiner Einbringungsrede zur Ersten Lesung betont, dass die Landesregierung Ihnen gleich zu Beginn der neuen Legislaturperiode ein ungewöhnliches Haushaltsverfahren zumutet. Angesichts der Dringlichkeit blieb uns jedoch keine andere Möglichkeit.

Ich möchte mich an dieser Stelle recht herzlich für die insgesamt zügigen Beratungen des Nachtragshaushaltes 2006 bedanken. Nun ist es allerdings auch höchste Zeit, denn heute läuft die Bindungsfrist aus. Wir müssen nach dem Beschluss des Landtages zügig die Aufträge auslösen, um die Fertigstellung der komplexen technischen Sperre rechtzeitig vor Beginn des G8-Gipfels sicherzustellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Entwurf der Verwaltungsvereinbarung mit dem Bund liegt Ihnen inzwischen vor. Mir ist bewusst, dass nicht alle Ihre Fragen in einer Weise beantwortet werden konnten, wie es sonst üblich ist. Das liegt daran, dass in den Verhandlungen mit dem Bund für beide Seiten schwierige Probleme zu lösen waren. Ich bitte Sie zum Wohle des Landes darum, der Regierung in dieser Frage Vertrauen zu schenken. Viele von Ihnen kennen mich lange genug. Wenn ich mit dem Ergebnis nicht unzufrieden bin, können Sie mir glauben, dass die finanziellen Belastungen für das Land vertretbar sind.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Wir wollen wissen und nicht glauben, Frau Ministerin!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der G8-Gipfel ist nicht nur ein touristisches Aushängeschild für unser Land, sondern eine Gelegenheit, gemeinsam Lösungen für die globalen Probleme zu entwickeln.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Mecklenburg-Vorpommern wird in diesen Tagen nicht nur mitten in Europa liegen, sondern im Zentrum der gesamten politischen Weltöffentlichkeit. Ich rede hier nicht nur von den Staatschefs, die gut geschützt in Heiligendamm diskutieren werden, ich rede auch von vielen zehntausenden jungen Menschen aus aller Welt, die in unser Land kommen werden, um hier, hoffentlich friedlich, ihre Stimme zu erheben. Sie sind Teil dieses globalen Dialoges, denn sie weisen zu Recht auf viele ungerechte Entwicklungen in der Welt hin. Auch für diese Menschen tragen wir Verantwortung. Zeigen wir ihnen und damit der ganzen Welt, dass Mecklenburg-Vorpommern nicht nur eine schöne Gipfelkulisse hat, sondern ein Ort ist, an dem die Menschen wirklich zu Gast bei Freunden sein können, also ein Ort, wo offen und kontrovers gestritten werden kann, wo nicht nur ein paar Auserwählte zu Wort kommen dürfen, sondern viele Gehör finden können. Dieses ist als Gastgeber unsere Verantwortung und der müssen wir gerecht werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie uns die Diskussion deshalb nicht auf die Finanzen beschränken! Lassen Sie uns ab heute beginnen, über die Ausgestaltung des Gipfeltreffens zu reden! Der G8-Gipfel wird im Juni bei uns stattfinden. Wir sollten ab jetzt gemeinsam daran arbeiten, dass er in guter Erinnerung bleiben wird, und zwar nicht nur in der guten Erinnerung der Staatsgäste, sondern auch in der ihrer Kritiker.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Ritter von der Fraktion der Linkspartei.PDS.

Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! „So viel Heimlichkeit in der Weihnachtszeit!“ Erweckt dieses Kinderlied zu Weihnachten noch freudige Gefühle, ist die Heimlichkeit des Ministerpräsidenten zu den finanziellen Belastungen des Landes im Zusammenhang mit dem G8-Gipfel nicht mehr feierlich. Was im Zusammenhang mit dem vorliegenden Nachtragshaushalt den Mitgliedern des Landtages geboten wurde, ist aus unserer Sicht eine reine Verhöhnung des Parlaments.

(Beifall)

Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS –
Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Die Fraktion der Linkspartei.PDS verlangte, wie sich am Montag zu Recht bewies, eine Anhörung im Finanz- und im Innenausschuss. Da die Öffentlichkeit des Landes zwar vom Gipfel freudig erregt sein soll, aber offensichtlich nichts von den Belastungen, die auf die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zukommen werden, wissen darf, stellte die Koalition die Nichtöffentlichkeit her. Vielleicht war das auch gut so, denn was den Parlamentariern in der Anhörung geboten wurde, hätte in der Öffentlichkeit nur Kopfschütteln erzeugt.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

So hieß es, das Land würde sich um eine weitgehende Kostenübernahme durch den Bund bemühen. Das Weitere wäre aber Bestandteil einer Verwaltungsvereinbarung und die ist noch nicht unterschrieben. Deshalb noch keine Auskunft. Wenige Stunden später sieht man dann den Ministerpräsidenten mit lächelndem Gesicht dem „Nordmagazin“ mitteilen, die Vereinbarung wäre fertig. Zahlen werden natürlich nicht genannt. Warum auch?! Es geht ja nur um mehrere Millionen Euro.

Ein gleiches Bild, meine sehr verehrten Damen und Herren, gab es bei den Nachfragen zu den Belastungen der Kommunen. Rostock, so war es vom stellvertretenden Oberbürgermeister zu erfahren, empfängt gerne ausländische Gäste. Aber im Übrigen habe es eine Beratung mit dem Innenministerium gegeben und natürlich wäre Vertraulichkeit verabredet worden. Aber es wäre doch interessant gewesen zu erfahren, ob zum Beispiel der Verkaufserlös der WIRO-Wohnungen in Rostock genutzt werden muss, um die Zusatzkosten für G8 zu finanzieren.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Man, man,
man, man! – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der vorliegende Gesetzentwurf zum Nachtragshaushalt hat natürlich eine Vorgeschichte. Anders als permanent behauptet hatte es keinen förmlichen Beschluss der Landesregierung zur Bewerbung oder zur Begrüßung des Gipfels gegeben, sondern lediglich die Mitteilung des Bundes, dass es so sei. Wir haben uns daraufhin kundig gemacht, welche Belastungen ein solcher Gipfel mit sich bringt. Ein paar Zahlen gefällig? Das Mitglied des schottischen Parlaments Bill Scott lässt in einer Mitteilung wissen, die geschätzten Kosten für den Polizeieinsatz in Glen Eagles lagen bei 50 Millionen Pfund. Den schottischen Parlamentariern wurde nach dem Gipfel eine Summe von 72 Millionen Pfund genannt.

Auf der Webseite der schottischen Regierung kann man lesen – immerhin kann man dort etwas lesen, meine sehr

verehrten Damen und Herren –: Konferenzbedarf und Catering durch das Gleneagles Hotel 4.146.000 Pfund, Kosten für Medien, deren Ausstattung und Catering 3.852.000 Pfund, Aufwand für Sponsorensuche 79.000 Pfund, Damenprogramme 22.000 Pfund, Veranstaltungen am Rande des Gipfels 69.000 Pfund und so weiter und so fort. Aus Zeitgründen verzichte ich auf weitere Details.

(Harry Glawe, CDU: Und dann sagen Sie, Sie haben nichts gewusst?!)

Im Wissen um diese und andere Erfahrungen haben wir, die Linkspartei.PDS, immer wieder erklärt, Herr Glawe, mehr als 10 Millionen Euro Landesmittel gibt es nicht!

(Beifall Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS, und Dr. Marianne Linke, Die Linkspartei.PDS – Harry Glawe, CDU: Sie behaupten immer, nichts zu wissen, und jetzt rechnen Sie das alles vor.)

Das war unsere Erklärung. Da können Sie noch so sehr streiten, wie Sie wollen, das ist einfach Realität. Und die 10 Millionen Euro, Herr Glawe, hatten lange in der Öffentlichkeit Bestand, auch als im Landeshaushalt schon andere Tatsachen geschaffen worden sind.

(Harry Glawe, CDU: Sie sollen hier nicht so viel erzählen! Sie sollten mit sich selbst ins Gericht gehen, das wäre viel besser!)

So wurde in der Anhörung deutlich, dass mit Datum vom 29. Juni 2006 durch die Finanzministerin überplanmäßige Ausgaben genehmigt wurden, die schon über die veranschlagten 10 Millionen Euro hinausgehen. Rein finanziell ist das das gute Recht der Ministerin. Aber wäre es politisch nicht anständig gewesen, den Koalitionspartner, vielmehr das gesamte Parlament umgehend über diese Änderungen und über diese Zusatzausgaben zu informieren,

(Harry Glawe, CDU: Und was hätten Sie dann gemacht?)

zumal die Landesregierung mit Parlamentsbeschluss vom Mai verpflichtet worden ist, den Rechtsausschuss über die Vorbereitung des Gipfels regelmäßig zu informieren?

(Beifall Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS – Harry Glawe, CDU: So ahnungslos kann man doch gar nicht sein!)

Nichts dergleichen, Herr Glawe. Dagegen flattert mit Poststempel vom 12. September 2006 eine Information über die Genehmigung in die Fraktionen. Mein Fehler, mein Pech, denn ich war leider im Wahlkampf und nicht im Schloss.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das ist schlecht. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Dass aber, Herr Jäger und Herr Glawe,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Jaja!)

der neue Koalitionspartner der SPD auch danach noch hinters Licht geführt wurde, ist schon ein starkes Stück.

(Harry Glawe, CDU: Jaja! – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Wie anders können Sie mir sonst erklären, dass auch Sie im Koalitionsvertrag unterschrieben haben, mehr als 10 Millionen Euro gibt es nicht?!

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS: Genau. Komisch, komisch! – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Nun ist es Ihre Sache, wie Sie damit umgehen. Ich bin auch gespannt, wie die Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion mit den gewaltigen Ankündigungen ihrer Frontmänner im Zusammenhang mit dem Nachtragshaushalt umgehen. Ich jedenfalls finde diesen Umgang mit dem Parlament höchst peinlich und untragbar!

(Dr. Armin Jäger, CDU: Fragen Sie mal Ihre frühere Fraktionsvorsitzende, was die alles gewusst hat!)

Und zum Schluss, meine sehr verehrten Damen und Herren, etwas zu den Verursachern der Kosten für die technische Sperre. Gern und oft wird betont, dass die angekündigten Proteste der Globalisierungsgegner die hohen Kosten zu verantworten hätten.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wer denn sonst?)

Graf von Nayhauß, einer der bekanntesten Journalisten Deutschlands, Herr Dr. Jäger, sieht das offenbar etwas anders. Er schreibt, ich zitiere: „Schuld an den haarsträubenden Ausgaben ist der zunehmende Größenwahn bei der Ausrichtung der Konferenzen. In Heiligendamm werden abgesehen von den Medienvertretern etwa 2000 Teilnehmer erwartet. Allein US-Präsident George W. Bush will mit 1000 Begleitern einfliegen ...“

(Dr. Armin Jäger, CDU: Na und?)

Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind nicht bereit, diesen Größenwahn zu unterstützen. Wir können dem Gesetzentwurf keine Zustimmung geben.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Ritter.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion Herr Volker Schlotmann.

Volker Schlotmann, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es gibt Tage, an denen man sich fragt, ob das, was man politisch entscheidet, das Richtige ist.

(Zuruf von Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS)

Heute ist so ein Tag.

Viele meiner Fraktionskolleginnen und -kollegen denken so, mich eingeschlossen, aber unsere Entscheidung wird richtig sein. Dass die demokratische Opposition vor Empörung schäumt, ist nicht besonders erstaunlich. Bekanntlich bestimmt das Sein das Bewusstsein.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU, und Dr. Armin Jäger, CDU)

Wir als SPD-Fraktion haben uns die Sache wirklich nicht leicht gemacht, meine Damen und Herren. Eines jedoch steht fest, ...

(Udo Pastörs, NPD: Der Schein prägt das Bewusstsein bei Ihnen.)

Halten Sie doch mal die Klappe!

Eines jedoch steht fest, wir tragen diese Entscheidung. Wir tragen sie, weil wir absolutes Vertrauen in das Wort der Landesregierung haben, dass unter dem Strich kein

finanzieller Schaden für dieses Land bleibt. Dieses Wort basiert auf dem Ergebnis der Verhandlung zur Verwaltungsvereinbarung. Das mag erstaunen, wenn man den Text dieser Vereinbarung liest. Diese Vereinbarung beinhaltet das, was der Bund bereit ist, öffentlich und in Schriftform vertraglich zu vereinbaren. Übrigens, statt oberflächlich in der Öffentlichkeit nur bis zur Zahl von 22,5 Millionen Euro zu lesen und zu schreiben, müsste man auch das darüber hinaus kommunizieren, das steht nämlich dann im Folgenden.

Ein weiterer Hinweis sei gestattet. Die hier gefundenen Formulierungen gehen wirklich weit über das hinaus, was üblicherweise mit dem Bund in vergleichbaren Situationen vereinbar war und ist, meine Damen und Herren,

(Zuruf von
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

das heißt, dass wir sozusagen ein Grundvertrauen in die Bundesregierung setzen.

Man kann behaupten, dass meine Aussage, wir halten uns alle Optionen offen, einen Sturm im Wasserglas darstellt.

(Zuruf von Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS)

Tatsächlich aber war diese Formulierung ein deutliches, die Verhandlungen zur Verwaltungsvereinbarung mit dem Bund massiv beförderndes Signal an die Bundesregierung und aus Sicht meiner Fraktion mit positivem Ergebnis. Das mögen manche anders sehen, es ist aber so. Auch die Behauptung, das wäre ein Ultimatum gewesen, ist schlichtweg Quatsch. Ein Ultimatum hätte doch wohl ernsthaft die Absage des G8-Gipfels bedeutet. Jeder ernst zu nehmende kritische Begleiter dieses Prozesses müsste eigentlich wissen, dass wir den Gipfel gar nicht absagen können, wir sind nämlich nicht Einlader.

(Raimund Borrman, NPD:
Warum bezahlen wir dann?)

Wie sollen wir also einen solchen Gipfel absagen? Damit muss jedem klar sein, wir sind auf der Grundlage des Grundgesetzes Artikel 30 verpflichtet, die entsprechenden Bedingungen für den Gipfel zu schaffen.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Aber nicht zu bezahlen.)

Und das tun wir. Hier sind wir bei einer Frage, die grundsätzlicher Natur ist.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Darüber gibt es keinen Grundgesetzartikel!)

Regen Sie sich bitte ab, Frau Gramkow!

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Das tue ich eben nicht.)

Hier sind wir bei einer Frage, die grundsätzlicher Natur ist und die auch hier und heute hingehört.

(Raimund Borrman, NPD: Die
Bürger im Land draußen werden
euch noch Beine machen! – Zuruf von
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Holen Sie einfach ganz tief Luft! Ich habe Ihnen auch zugehört.

Diese grundsätzliche Frage ist nämlich folgende: Darf es sein und kann es sein, dass der Bund salopp gesagt Veranstaltungen durchführt und die Bundesländer, in denen

solche Veranstaltungen stattfinden, dann die Zeche bezahlen müssen? Ich sage Nein. Das gehört aus meiner Sicht zwingend in die anstehende Diskussion zur Föderalismusreform im Bereich der Finanzen, denn so kann das in Zukunft nicht funktionieren, meine Damen und Herren.

Zurück zur vorliegenden Beschlussempfehlung. Auf der Basis der unabwendbaren Tatsache, dass die Bundesregierung diesen G8-Gipfel in Heiligendamm durchführen wird, wäre es unverantwortlich, die Sicherheitsmaßnahme durch den Zaun nicht vorzufinanzieren. Deshalb wird meine Fraktion dieser vorliegenden Beschlussempfehlung zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Schlotmann, ich muss Sie darauf aufmerksam machen, dass die Äußerungen in Richtung NPD-Fraktion unparlamentarisch sind, und bitte Sie, das zukünftig zu unterlassen.

Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Leonhard von der Fraktion der FDP.

Gino Leonhard, FDP: Frau Präsidentin! Werte Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte nur einmal vorab für meine Fraktion feststellen, dass es für uns eine fast unerträgliche parlamentarische Verfahrensweise ist, in einem fast 18-stündigen Marathon, wenn ich die zwei Tage sehe, die zwei insgesamt 18-stündigen Landtagsitzungen und eine Dringlichkeitssitzung, hier im Rahmen eines Nachtragshaushalts über 12,5 Millionen Euro befinden zu müssen.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Ich will grundsätzlich für unsere Fraktion feststellen, dass es mit uns keinen Freibrief für ein Gesamtvolumen an Eigenmitteln von 68 Millionen Euro geben wird. Diese für uns Scheibchen- und Salamtaktik werden wir nicht unterstützen.

Die zwei größten Problemfelder der Debatte, die sich für uns darstellen, sind zum Ersten – und alle Kommunalpolitiker hier unter uns werden das wissen –, dass es eine fehlende Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit für uns gibt, sowohl zum Parlament als auch zur Regierung selbst. Der Ministerpräsident musste wegen der eindeutigen Rechtslage Bescheid wissen, und, Herr Kollege Armin Jäger, Polizei ist Ländersache. Also wusste auch der Ministerpräsident, dass wir nicht über 10 Millionen Euro sprechen können,

(Raimund Borrman, NPD: So ist es.)

sondern dabei von wesentlich mehr Eigenmitteln ausgegangen werden musste. Trotzdem wurden keine Mehrkosten eingestellt und sehenden Auges, das haben wir jetzt alle nachlesen dürfen, hat es offensichtlich im Koalitionsvertrag zwischen der SPD und der CDU auch keine konkrete Aussage dazu gegeben.

(Zuruf von Werner Kuhn, CDU)

Der zweite Punkt. Das Parlament wird und wurde zu spät, falsch oder gar nicht informiert. Das Versprechen auf eine größere Kostenübernahme des Bundes hat sich als ein Ammenmärchen erwiesen. Erst sollte die Verwaltungsvereinbarung zum 30.11.2006 vorliegen, dann zur heutigen Sitzung, nun in der nächsten Woche, ganz abgesehen davon, was eigentlich an konkreten Zahlen in dieser Verwaltungsvereinbarung steht.

(Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS:
Ja, so ist das.)

Im Ausschuss wurde uns auch nichts Neues erzählt. Alle Anzuhörenden haben offensichtlich keine Kenntnisse gehabt von den Mehrkosten, die dem Land entstehen werden, völlig absurd. Sicherheitsfragen galten als geheim, der Verhandlungsstand zur Verwaltungsvereinbarung als vertraulich.

Als Fraktion stellen wir uns die Frage: Wie sollen wir unseren Oppositionsauftrag, den wir so verstehen, wahrnehmen und wie sollen wir als Abgeordnete die Regierung überwachen? Für die FDP-Fraktion bleibt festzustellen – und das will ich hier ganz deutlich sagen –, wir wollen den G8-Gipfel in unserem Land und begrüßen ihn ausdrücklich.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Das unterscheidet uns von der Linkspartei.PDS und zu Ihnen muss ich nichts weiter sagen. Wir wollen aber eine transparente Finanzierung in einer Höhe, die das Land wirklich auch zahlen kann. Das muss durch eine belastbare Verwaltungsvereinbarung sichergestellt werden.

(Zuruf von Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS)

Beides liegt uns bis zum heutigen Tage nicht vor. Aus diesem Grund wird die FDP-Fraktion dem Nachtragshaushalt nicht zustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Leonhard.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Köster von der Fraktion der NPD.

(Minister Dr. Till Backhaus:
Neue Sitzung, neues Glück.)

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bereits vor 14 Tagen oder vor rund 14 Tagen zitierte ich den ehemaligen Innenminister Herrn Timm wie folgt: „Hier geht es um Glaubwürdigkeit und um Wahrhaftigkeit in der Schweriner Landespolitik.“ Dieser Kommentar von Herrn Timm ist am heutigen Abend wichtiger denn je. In gewohnter Manier haben Sie die Anträge der NPD abgelehnt. Sie, Herr Backhaus und Herr Schlotmann, stecken jetzt aber in einem Erklärungsdilemma.

(Minister Dr. Till Backhaus: Überhaupt nicht.)

Vor rund zwei Wochen übte der Landwirtschaftsminister Backhaus vor den Vertretern der Medien die Revolution, nachdem sein Fraktionsvorsitzender Herr Schlotmann sich ebenfalls so weit aus dem Fenster gewagt hatte. Gemessen an Ihrer Glaubwürdigkeit sind Sie beide, meine Herren, aus dem Fenster gestürzt. Müssten Sie jetzt auf dem Weihnachtsmarkt Glühwein verkaufen, ich glaube, Ihr Stand wäre leer.

Wie gesagt, der Landtag muss der Landesregierung dringend Rahmenbedingungen zur finanziellen Ausgestaltung des Gipfels geben. Der Landtag kann und darf sich nicht darauf verlassen, dass uns die Bundeskanzlerin schon nicht im Stich lassen wird.

Die NPD-Fraktion lehnt bekanntlich die Durchführung des Gipfels in unserer schönen Heimat ab. Wir stehen uns aber nicht aus der Verantwortung, wenn es heißt, Schaden vom Land abzuhalten.

(Reinhard Dankert, SPD:
Welchen Bereich meinen Sie denn?)

Der finanzielle Schaden, der auf uns zurast, wird in seiner Gesamtheit leider noch wesentlich höher sein als das zurzeit dargestellte Kostenrisiko. Aus Verantwortung für unser Land sind wir daher dringend verpflichtet, Finanzgrenzen zu setzen und, da diese nicht möglich sind, uns von der Ausrichtung des Globalisierungsgipfels zu befreien.

Aber zurück zu den großspurigen Ankündigungen der Pseudosozialverfechter. Wie wir alle wissen, wissen wir nichts. Sicher ist nur, dass die Herren Backhaus und Schlotmann dem Landtag aus meiner Sicht wieder einmal nicht die Wahrheit gesagt haben werden.

Nicht umsonst hat Herr Koslik, so, wie es mein Kamerad Michael Andrejewski vorhin betont hatte, in der „Schweriner Volkszeitung“ Sie beide wie folgt dargestellt: Als Tiger sind sie gestartet, als Bettvorleger gelandet. Gelegenheit, uns vom Gegenteil zu überzeugen, haben Sie in der anschließenden Abstimmung. Unrichtige Meinungsbeurteilungen im Landtag, so die Meinung außerhalb dieses Landtages, sollen keine Seltenheit sein. Es grenzt aber schon an kaum zu überbietendem Kalkül, die Menschen im Land zu täuschen. Jetzt ist mir auch bewusst, Herr Schlotmann, warum Sie die NPD möglichst schnell aus dem Landtag heraushaben möchten.

(Volker Schlotmann, SPD: Nicht nur da.)

Sie haben die berechtigte Angst, dass den Menschen im Land bekannt wird, was Sie hier erzählen. Aber keine Angst, Herr Schlotmann, dafür sorgen Sie schon selbst.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Die Menschen im Land sind nicht so naiv, wie Sie zu glauben scheinen. Dieser Nachtragshaushalt ist entschieden abzulehnen.

Und zum Schluss, Herr Schlotmann, Benehmen ist eine Sache von Erziehung und Charakter.

(Volker Schlotmann, SPD: Und Sie sollten nicht von Sachen reden, von denen Sie keine Ahnung haben. – Angelika Peters, SPD: Gucken Sie mal ganz schnell in den Spiegel!)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Es hat jetzt um das Wort gebeten der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion Herr Dr. Jäger.

(Zurufe von Angelika Peters, SPD, und Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

Dr. Armin Jäger, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eigentlich war nach dem Bericht des Ausschussvorsitzenden Mathias Löttge alles gesagt, eine sehr erhitzte Diskussion in zwei Ausschüssen, so, wie wir das gewohnt sind, die Fakten geklärt und dann eine Beschlussempfehlung. Aber ich glaube, es ist nötig, dass man das, was hier gesagt wurde, noch einmal in das Licht rückt, wo es hingehört.

Ich kenne keine Verwaltungsvereinbarung – und wie man meiner Haarfarbe ansieht, bin ich nicht mehr ganz so jung –, wo der Bund eine solche Selbstverpflichtung eingegangen wäre in der Form, wie jetzt vereinbart.

(Stefan Köster, NPD: In welcher denn?)

Ich kenne keine Vereinbarung, in der der Bund das getan hätte, was offenbar aus rechtsextremer Ecke erwartet worden ist, wahrscheinlich aus Unkenntnis. Der Bund

wird kein Recht brechen. Er wird also die Verantwortung zwischen Bund und Ländern nur dann verschieben, wenn das Grundgesetz geändert wird. Und so vermessen waren wir bei dieser Diskussion.

Ich glaube, es ist auch nötig, dass einer, der an dem Verhandlungsprozess nicht unmittelbar beteiligt war – und so geht es mir –, denjenigen, die das ausgehandelt haben, auch einmal Dankeschön sagt.

(Heiterkeit bei Irene Müller, Die Linkspartei.PDS, und Udo Pastörs, NPD – Irene Müller, Die Linkspartei.PDS: Das ist ja wohl das Letzte!)

Also nicht nur Kritik üben, das kann jeder, sondern denjenigen danken, die das auf sich genommen haben, und das war nicht gerade eine vernügnungssteuerpflichtige Tätigkeit. Deswegen bin ich sehr froh, dass wir am Ende einer sehr emotional geführten Diskussion um diesen haushaltsrechtlichen Punkt stehen, dass nunmehr haushaltsrechtliche Voraussetzungen für ein unmittelbar vor dem Zuschlag stehendes Vergabeverfahren bestehen. Ich will gar nicht erwähnen, was passiert wäre, wenn es nicht dazu gekommen wäre. Es gibt da durchaus Rechtsprechung, die sehr unangenehm für das Land hätte werden können.

(Zuruf aus dem Plenum: Alles wird gut.)

Es ist nicht meine Art, die Unwahrheit zu sagen, das werden Sie noch kennenlernen, wenn Sie ein bisschen zuhören.

Deswegen sage ich, wenn diese Entscheidung heute Abend so getroffen wird, wie ich hoffe, dann gucken wir wirklich auf den Gipfel und schauen zu, dass wir das machen, was Frau Ministerin Keler gesagt hat. Es muss uns ganz wichtig sein, dass unser Land sich als ein würdiger Gastgeber zeigt.

Eins möchte ich allerdings auch klarstellen: Es ist schon schade, dass die Diskussion so geführt wird, als ob diejenigen, die gegen den Gipfel sind, die guten Menschen sind, und diejenigen, die für einen Gipfel sind, über das Verhältnis der höher entwickelten Länder zu den weniger entwickelten Ländern diskutieren. Ob die Ergebnisse immer richtig sind, darüber können wir gern streiten, aber genau das ist der Sinn des Gipfels. Also dann ist es sicher nicht so, dass diejenigen dafür sind, dass nicht diskutiert wird, wie man diesen Abstand verringert. Das sind nicht unbedingt die Besseren, will ich einmal vorsichtig ausdrücken.

Lasst uns doch bitte einmal abwarten, was ein solcher Gipfel bringt, und nicht immer erst erzählen, dass nichts dabei herauskommen kann. Mit dem Stück Pessimismus, das Sie, Herr Ritter, hier wieder verbreitet haben, werden wir dieses Land nicht voranbringen. Dazu stehen wir, das sollten wir eigentlich gemeinsam tun. Und wenn Sie das alles nicht so übersehen haben, mag ja sein,

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Deshalb haben Sie auch 10 Millionen eingestellt, nicht wahr?)

wir sind jedenfalls bereit, Verantwortung für ein globales Ereignis in diesem Land zu übernehmen. Das haben wir vom ersten Tag an gesagt, an dem wir in Verantwortung gegangen sind, und darauf können Sie sich verlassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Den Vorrat an Durchstehvermögen, der für fünf Jahre erforderlich ist, können Sie meiner Fraktion ganz beru-

higt zutrauen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU – Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Das werden wir ja beim Nachtragshaushalt sehen. – Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Dr. Jäger.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Einzelberatung über den von der Landesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2006 auf Drucksache 5/58. Der Finanzausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf der Landesregierung entsprechend seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 5/100 unverändert anzunehmen.

Wir kommen zur Einzelabstimmung.

Auf Antrag der Fraktion der NPD wird über jeden Artikel des Gesetzentwurfes abgestimmt. Wird das Wort zur Begründung für diesen Geschäftsordnungsantrag gewünscht?

(Michael Andrejewski, NPD: Ja.)

Bitte, Herr Andrejewski.

Michael Andrejewski, NPD (zur Geschäftsordnung): Wir beantragen das aus dem Grund, weil jeder dieser drei Punkte anders zu bewerten ist. Wenn man den G8-Gipfel für gut halten würde, wäre die Bestimmung, dass die Verpflegungskosten in Mecklenburg-Vorpommern vom Lande getragen würden, vernünftig, weil es in Bayern umgekehrt auch so wäre.

Ganz anders sieht es beim Zaun aus. Die Begründung war dort, dass man den billigen NATO-Zaun nicht genommen hat, weil sich Chaoten und Polizisten verletzen könnten. Bei Polizisten gehe ich immer davon aus, dass sie mit NATO-Draht umgehen können. Und wenn die Chaoten sich verletzen, dann sollen sie das nicht anpacken.

Was die Entschädigung angeht, so ist das wieder anders zu bewerten, weil es völlig undurchschaubar ist. Man weiß nicht, ob es überhaupt einen Basisarbitar pro Quadratmeter gibt, nach welchen Kriterien Erhöhungen gewährt werden, ob es vom Verhandlungsgeschick abhängt, wer mehr bekam, oder ob es Tarife gibt. Das ist alles völlig undurchschaubar. Da können genauso gut 2 Millionen Euro drinstehen. Man kann nicht beurteilen, ob dieser Antrag akzeptabel ist.

Aus diesem Grunde wollen wir, dass jede Bestimmung einzeln abgestimmt wird.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Wird das Wort zur Gegenrede gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Ich rufe dann auf den Artikel 1 in der Fassung des Gesetzentwurfes der Landesregierung.

Hierzu liegen Ihnen Änderungsanträge der Fraktion der NPD vor, über die ich zunächst abstimmen lasse.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/83 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/83 bei Zustimmung der NPD-Fraktion und Ablehnung der Fraktionen der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und

FDP abgelehnt.

Ich lasse nun über den Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/84 abstimmen. Wer dem NPD-Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/84 bei Zustimmung der Fraktion der NPD, Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der CDU, der Linkspartei.PDS und der FDP abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/85 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/85 bei Zustimmung der Fraktion der NPD, Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der CDU, der Linkspartei.PDS und der FDP abgelehnt.

Wer dem Artikel 1 in der Fassung des Gesetzentwurfes der Landesregierung auf Drucksache 5/58 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist Artikel 1 in der Fassung des Gesetzentwurfes der Landesregierung auf Drucksache 5/58 bei Zustimmung der Fraktion der SPD und der CDU sowie Gegenstimmen der Fraktion der Linkspartei.PDS, der FDP und der NPD angenommen.

Ich rufe auf Artikel 2 sowie die Überschrift in der Fassung des Gesetzentwurfes der Landesregierung. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit sind Artikel 2 sowie die Überschrift in der Fassung des Gesetzentwurfes der Landesregierung auf Drucksache 5/58 bei Zustimmung der Fraktion der SPD und der CDU sowie Gegenstimmen der Fraktion der Linkspartei.PDS, der FDP und der NPD angenommen.

Seitens der Fraktion der NPD ist gemäß Paragraf 47 unserer Geschäftsordnung beantragt worden, eine Dritte Lesung vorzusehen. Wird das Wort zur Begründung des Geschäftsordnungsantrages gewünscht?

(Michael Andrejewski, NPD: Ja.)

Bitte, Herr Andrejewski.

Michael Andrejewski, NPD (zur Geschäftsordnung): Nur ein Satz: Über diese ernsthafte Sache kann man gar nicht lange genug nachdenken und debattieren. Deswegen wäre eine Dritte Lesung durchaus wünschenswert.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Über diesen Geschäftsordnungsantrag lasse ich nun abstimmen, falls nicht noch das Wort zur Gegenrede gewünscht wird. – Das ist nicht der Fall. Also stimmen wir über diesen Geschäftsordnungsantrag ab.

Wer zuzustimmen wünscht, gemäß Paragraf 47 unserer Geschäftsordnung eine Dritte Lesung durchzuführen, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Geschäftsordnungsantrag der Fraktion der NPD in Bezug auf die Durchführung einer Dritten Lesung gemäß Paragraf 47 unserer Geschäftsordnung bei Zustimmung der Fraktion der NPD und Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der CDU, der Linkspartei.PDS und der Fraktion der FDP abgelehnt.

Die Fraktion der NPD hat einen Geschäftsordnungsantrag zur Abtrennung der Schlussabstimmung von der

Zweiten Lesung gemäß Paragraf 51 unserer Geschäftsordnung beantragt. Wird das Wort zur Begründung für diesen Antrag gewünscht?

(Michael Andrejewski, NPD: Nein, dieselbe Begründung wie vorher.)

Ich lasse jetzt über diesen Geschäftsordnungsantrag abstimmen. Wer ist für diesen Geschäftsordnungsantrag? – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Geschäftsordnungsantrag der Fraktion der NPD bei Zustimmung der Fraktion der NPD, Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der CDU, der Linkspartei.PDS und der Fraktion der FDP abgelehnt.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Die Fraktion der NPD hat gemäß Paragraf 91 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung zur Schlussabstimmung eine namentliche Abstimmung beantragt. Wird das Wort zur Begründung dieses Geschäftsordnungsantrages gewünscht?

(Michael Andrejewski, NPD: Ja. – Zuruf von der Ministerbank: Überraschung!)

Herr Andrejewski, bitte.

Michael Andrejewski, NPD (zur Geschäftsordnung): Wir folgen bei namentlichen Abstimmungen einer Wesentlichkeitstheorie, das heißt, bei wesentlichen Dingen, nicht bei Kleinigkeiten, sollte namentlich abgestimmt werden. Hier geht es um wesentliche finanzielle Auswirkungen, auch wesentliche Risiken für die Bürger. Dafür sollte jeder mit seinem Namen persönlich einstehen. Wir wollen nicht dem Beispiel des Herrn Dr. Hans Globke, Staatsminister unter Adenauer, folgen, der nach dem Krieg gesagt hat, als alle die Treue auf den Führer geschworen haben, da hätte er in einer Ecke gestanden und wäre nicht dabei gewesen. Bei namentlicher Abstimmung wäre das nicht passiert.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Andrejewski, ich bitte Sie, sich auf die Begründung des Geschäftsordnungsantrages zu beziehen und nicht Zitate einzufügen, die hier absolut nichts zu suchen haben.

(Harry Glawe, CDU: Genauso ist das.)

Michael Andrejewski, NPD (zur Geschäftsordnung): Verantwortung übernehmen und namentliche Abstimmung würden so etwas verhindern.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Gibt es das Bedürfnis, eine Gegenrede zu halten? – Das sehe und höre ich nicht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir beginnen nun mit der Abstimmung. Dazu werden Sie hier vom Präsidium namentlich aufgerufen und gebeten, vom Platz aus Ihre Stimme mit Ja, Nein oder Enthaltung abzugeben. Ich bitte nun den Schriftführer, die Namen aufzurufen.

(Die namentliche Abstimmung wird durchgeführt.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme noch nicht abgegeben hat und dieses tun möchte? – Das ist nicht der Fall, dann schließe ich die Abstimmung. Ich bitte die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Wir unterbrechen die Sitzung für zwei Minuten.

Unterbrechung: 18.57 Uhr**Wiederbeginn: 19.02 Uhr**

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Ich darf Ihnen das Ergebnis der Abstimmung bekannt geben. An der Abstimmung haben insgesamt 59 Abgeordnete teilgenommen. Mit Ja stimmten 36 Abgeordnete, mit Nein stimmten 23 Abgeordnete, Enthaltungen gab es keine. Damit ist der Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 5/58 angenommen.

Der Abgeordnete Raimund Borrmann, Fraktion der NPD, hat am Abstimmungsverfahren nicht teilgenommen. Ich erteile daher dem Abgeordneten Herrn Borrmann das Wort zur Abgabe einer Erklärung gemäß Paragraph 96 der Geschäftsordnung.

Raimund Borrmann, NPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Sehr geehrte Frau Keler, wenn sie denn auch da ist, ... Nein, sie ist schon weg.

Ich bin hier, weil ich den Glauben an die Regierung und an dieses politische System verloren habe. Ich will wissen, nicht glauben, denn „glauben“ heißt „vertrauen“ und dieses Vertrauen existiert nach 16 Jahren, die ich Bürger der BRD bin, nicht mehr.

Dieses politische System hat es geschafft, 10 Milliarden Euro Schulden für dieses Land anzuhäufen und jetzt finanzieren Sie einen G8-Gipfel mit über 70 Millionen Euro auf Kosten des Steuerzahlers. Die Folgekosten sind noch gar nicht abzuschätzen. Das parlamentarische Verfahren hat für mich in keiner Weise Klarheit gebracht in der Sache, sodass ich überhaupt nicht abschätzen kann, über was ich entscheiden sollte.

Ich weiß auch nicht, wie ich den Mitbürgern in meinem Heimatort Bad Doberan diese Abstimmung verdeutlichen soll,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

wenn ich vor dem Hintergrund bedenke, dass das Unterkunftsgeld beispielsweise für Bedarfsgemeinschaften in meinem Landkreis pro Bedarfsgemeinschaft um 50 Euro im Monat gekürzt wurde. Das sind 600 Euro im Jahr. Ich kann das nicht verantworten. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Mittwoch, den 31. Januar 2007, 10.00 Uhr ein. Der Ältestenrat findet sich zehn Minuten nach Beendigung der Sitzung im Ältestenratsszimmer zu einer Sitzung zusammen. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 19.05 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Rudolf Borchert, Jörg Heydorn, Helmut Holter, Matthias Lietz, Ilka Lochner-Borst, Sebastian Ratjen, Ute Schildt, Toralf Schnur, Dr. Margret Seemann, Jürgen Seidel und Dr. Gottfried Timm.

Namentliche Abstimmung

über den Gesetzentwurf der Landesregierung Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2006 (Nachtragshaushaltsgesetz 2006)

– Drucksache 5/58 –

Jastimmen

SPD

Dr. Backhaus, Till
Baunach, Norbert
Bretschneider, Sylvia
Brodkorb, Mathias
Dankert, Reinhard
Dr. Körner, Klaus-Michael
Müller, Detlef
Müller, Heinz
Dr. Nieszery, Norbert
Peters, Angelika
Polzin, Heike
Dr. Ringstorff, Harald
Schlotmann, Volker
Schulte, Jochen
Schwarz, Thomas
Selling, Erwin
Tegtmeier, Martina

CDU

Caffier, Lorenz
Fiedler-Wilhelm, Kerstin
Glawe, Harry
Holznagel, Renate
Dr. Jäger, Armin
Kuhn, Werner
Lenz, Burkard
Liskow, Egbert
Löttge, Mathias
Reinhardt, Marc
Ringguth, Wolf-Dieter
Rühs, Günter
Schlupp, Beate
Schubert, Bernd
Stein, Peter
Dr. von Storch, Henning
Timm, Udo
Vierkant, Jörg
Waldmüller, Wolfgang

Neinstimmen

SPD

Dr. Zielenkiewitz, Gerd

Die Linkspartei.PDS

Bluhm, Andreas
Borchardt, Barbara
Gramkow, Angelika
Koplin, Torsten
Dr. Linke, Marianne
Lück, Regine
Měšťan, Gabriele
Dr. Methling, Wolfgang
Müller, Irene
Ritter, Peter
Schwebs, Birgit
Dr. Tack, Fritz

FDP

Grabow, Ralf
Kreher, Hans
Leonhard, Gino
Reese, Sigrun
Rooff, Michael

NPD

Andrejewski, Michael
Köster, Stefan
Lüssow, Birger
Müller, Tino
Pastörs, Udo

Endgültiges Ergebnis:

| | |
|--------------------------|----|
| Abgegebene Stimmen | 59 |
| Gültige Stimmen | 59 |
| Jastimmen..... | 36 |
| Neinstimmen | 23 |
| Enthaltungen | - |